

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

146. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 30. Mai 2007

Antrag 05

Kein CO₂ -Handel!

Die Vollversammlung der AK Wien spricht sich gegen den Handel mit Emissionszertifikaten als Klimaschutzmassnahme in Europa aus

Am 1. Januar 2005 wurde in der EU ein Emissionshandelssystem eingeführt, das den Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) regelt, der auf Kraftwerke und große Industriebetriebe zurückgeht. Energieversorger und Industrie dürfen in der EU nur so viel CO₂ in die Umwelt abgeben, wie ihnen Zertifikate erlauben. Firmen, die durch Umweltinvestitionen weniger CO₂ ausstoßen, sollen dafür belohnt werden, indem sie ihre nicht verbrauchten Emissionsrechte weiterverkaufen dürfen.

Abgesehen davon, dass das Recht auf Verschmutzung, wie es in den Emissionsrechten eingeräumt wird, moralisch bedenklich ist, da es eigentlich keinen Rechtsanspruch auf Verschmutzung geben sollte, hat dieses scheinbar vernünftige System einen anderen schweren Nachteil.

Die Reduzierung der Treibhausgase richtet sich dann nämlich nicht nach der ökologischen Notwendigkeit bzw. der technischen Machbarkeit sondern nach dem Marktpreis der Verschmutzung. Sind die Emissionszertifikate gerade preisgünstig (z.B. aufgrund eines milden Winters), dann können Umweltsünder schnell noch ein paar Tonnen mehr in die Luft blasen, anstatt den Betrieb ökologisch zu sanieren.

Außerdem hat sich gezeigt, dass die Verschmutzungsrechte offenbar zu großzügig bemessen wurden, was die relativ günstigen Preise für die Emissionsrechte am Markt erklären dürfte.

Das Ergebnis dieser „Marktregulierung“ ist daher eine Verzögerung der notwendigen Maßnahmen, solange die „zugekauften Verschmutzungsrechte“ billiger sind als die Sanierung, und daher ganz und gar nicht im Sinne des Umweltschutzes.